

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 M., 2monatlich 1 M., 1 monatlich 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg.

Alle kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends:

„Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Legler & Jenner Nachf.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gewaltene Zeilen ober deren Raum 15 Pfg. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pfg.

„Eingefandt“ und „Reklame“ 50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Bautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haasenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 5.

Schandau, Sonnabend, den 10. Januar 1914.

58. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Dienstag, am 13. Januar 1914, vorm. 11 Uhr

gelangen in Schandau (Amtsgericht): Fische, Stühle, Teppiche, Sofas, Kleiderschränke, Bettstellen, Matratzen, 1 Vertiko u. v. m. zur Versteigerung.

Schandau, am 9. Januar 1914.

Der Gerichtsvollzieher.

Nachstehend bringen wir die Namen der Mitglieder der beiden städtischen Kollegien auf das Jahr 1914 zur öffentlichen Kenntnis.

Schandau, am 8. Januar 1914.

Der Stadtrat.

a) Ratsmitglieder:

- Herr Dr. jur. Richard Hellmut Voigt, Bürgermeister.
- „ Kaufmann Karl Richard Ulrich, stellv.
- „ Baudirektor Wilhelm Alwin Engelmann,
- „ Baumeister Karl Johannes Wendel,
- „ Tapeziermeister Paul Richard Hanschild,
- „ Apothekenbesitzer Dr. med. Walter Edmund Hoffmann.

b) Stadtverordnete:

- Herr Amtsgerichtsdirektor Oscar Willi Gundermann, Vorsteher,
- „ Postdirektor Max Albin Köner, stellv. Vorsteher,
- „ Privater Ernst Clemens Junghanns,
- „ Fährpächter August Emil Schmidt,
- „ Privater Karl Ehrhard Reisch,
- „ Schiffahrtsvorstand Otto Martin Nickel,
- „ Malermeister Heinrich Max Fering,
- „ Maurerpolier Martin Oswald Richter,
- „ Bezirkschornsteinfegermeister Ernst Eduard Richard Mentner,
- „ Drogist Max Kayser,
- „ Hotelier Gustav Robert Augst,
- „ Klempnermeister Ernst Otto Vossmann,
- „ Glaserlehrling Heinrich Arno Behner,
- „ Kaufmann Ernst Emil Müller,
- „ Bäckermeister Georg Wendig.

Die Stadt-Sparkasse Schandau verzinst Einlagen mit 3 1/2 Prozent. =

Nichtamtlicher Teil.

Politische Tagesübersicht.

* Der König ernannte den Fürsten Reuß j. L. Heinrich XXVII. zum Chef des 2. Jäger-Bataillons Nr. 13. † Der regierende Fürst von Reuß j. L. traf am Donnerstag nachmittag zu einem Besuche des Königs Friedrich August und des königlichen Hauses in Dresden ein. Abends 6 Uhr war Tafel im Residenzschlosse zu Ehren des hohen Gastes. — Kronprinz Georg von Sachsen ist an Influenza erkrankt und muß infolgedessen einstweilen das Bett hüten.

† Der Prozeß gegen Oberst v. Reuter und Leutnant Schadt vor dem Kriegengericht zu Straßburg kam auch am Mittwoch noch nicht zum Abschluß. Auch in der Verhandlung an diesem Tage bekundeten eine ganze Reihe von Zeugen vom Zivil wiederum mit großer Bestimmtheit, am 28. November habe in Zabern keinerlei Geheile stattgefunden, die Bevölkerung habe ein vollkommen ruhige Haltung bewahrt. Hiermit stehen freilich die Aussagen von militärischen Zeugen und ebenso verschiedener Zeugen vom Zivil in unauf löslichem Widerspruch. Sensation im Saale riesen die Aussagen der Gendarmen Lofe und Schöbber hervor, Wachtmeister Schmidt II habe ihnen erzählt, Kreisdirektor Mahl habe ihm erklärt, wie die Gendarmen ihre Zeugenbekundungen einrichten sollten. Schmidt bestritt, daß er sich so geäußert habe, auch Kreisdirektor Mahl stellt entschieden in Abrede, daß von ihm eine unstatthafte Einwirkung auf die Zeugen versucht worden sei. Der Verhandlungsführer machte indessen beide Parteien auf diesen scharfen Widerspruch und auf die Folgen eines Meinheits aufmerksam. Am Donnerstag wurde die Verhandlung zu Ende geführt. Der Anklagevertreter beantragte die Freisprechung des Obersten v. Reuter von der Anklage, daß er sich die Exekutivgewalt in Zabern angeeignet habe. Er habe nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt. Wegen der Freiheitsberaubung — Einsperrung in den Bandurenkeller — beantragte der Anklagevertreter gegen Oberst v. Reuter 7 Tage Gefängnis. Gegen Leutnant Schadt beantragte der Anklagevertreter Freisprechung von der Anklage der Beleidigung und des Hausfriedensbruchs, wegen Körperverletzung aber 3 Tage Gefängnis, weil der Angeklagte den Zeugen Kormann auf die Backe geschlagen habe. Die Urteilsverkündung erfolgt am Sonnabend.

* Im sächsischen Landtag ist der nationalliberale Antrag eingegangen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß die Vorarbeiten zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag zum Teil viel umfangreicher sind, als ursprünglich anzunehmen war, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung gemäß dem Antrage des Deutschen Handelstages bis Ende Februar 1914 verlängert wird.

* Der preussische Landtag wurde am Donnerstag mittig im königlichen Schlosse durch den Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg eröffnet.

* Die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen ist nun wieder zusammengetreten. Es handelt sich um eine Nachprüfung, ob, wie von sozialdemokratischer Seite im Reichstag behauptet wurde, tatsächlich bei den Rüstungslieferungen andere als geschäftliche Prinzipien zur Anwendung kamen und ob das Reich durch Hintertreibungen seitens der in Frage kommenden

Firmen geschädigt wurde. Die Arbeit erstreckt sich nach den bisher vorliegenden Punkten des Arbeitsprogramms auf die Beratung aller in Frage kommenden Lieferungen, wozu Sachverständige aus Handel und Industrie hinzugezogen werden. Um sich eingehend zu unterrichten, werden auch die Mitglieder der Kommission die Werkstätten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken selbst besichtigen.

* Der nationalliberale mittelfränkische Kreisverband richtet an die nationalliberale Landespartei in Bayern (rechtsrheinisch) das dringende Ersuchen, ihre Stellungnahme so einzurichten, daß für die nächsten Landtagswahlen die nationalliberale Partei nicht mehr in die gleiche Kampffront mit der Sozialdemokratie gestellt wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

* Klage des Kalisyndikats gegen den Kanzler. Das Kalisyndikat hat gegen den Reichskanzler die Klage auf Freigabe der vom Reichsfiskus zu einem sogenannten Reservefonds zurückgehaltenen Gelder, die zur Hebung des Kalialabzuges nach § 27 des Reichskalifgesetzes bestimmt sind, eingereicht, mit dem Ziel, daß die mehr als 8 Millionen betragenden Mittel des Reservefonds zu ihrem gesetzlichen Zweck, zur Hebung des Abzuges, volle und ungefähnte Verwendung finden.

† Die Eingeborenen-Stämme in Neukameroon, welche sich gegen die deutsche Herrschaft erhoben und eine deutsche Truppenabteilung zum Teil vernichtet hatten, wobei Oberleutnant v. Raven seinen Tod fand, sind jetzt durch eine vom Hauptmann von Puttkamer geführte deutsche Expedition teilweise wieder unterworfen worden. Deutscherseits gab es hierbei nur unbedeutende Verluste.

* Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hat an die Staatssekretäre des Reichsschatzamts und des Reichsamts des Innern, sowie an die Finanz-, Landwirtschafts- und Handelsminister in Preußen eine Eingabe gerichtet, in der um Maßnahmen gegen die betrügerische zollfreie Einfuhr von mehrlastiger Kleie — namentlich aus Rußland — gebeten wird.

* Die Generaldirektion der württembergischen Staatsbahn hat eine Verfügung erlassen, wonach bei Bauarbeiten von den Unternehmern in erster Linie einheimische bzw. reichsangehörige Arbeiter beschäftigt werden sollen. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse des Baumarktes sollen Ausländer tunlichst ferngehalten werden. Bei den von der Eisenbahnverwaltung selbst auszuführenden Arbeiten sollen Ausländer nicht mehr beschäftigt werden.

* Den ersten Gewerbe- und Kleinhandelstag in Sachsen veranstaltet die Gewerbekammer Zittau im kommenden Monat in Baugen.

Oesterreich-Ungarn.

* Alljährlich gibt das Oberhofmeisteramt des Kaisers am Neujahrstage eine Liste für den Gebrauch der auswärtigen Vertretungen an den Hof- und Staatsbehörden heraus. In dieser Liste sind der Reihe nach alle Persönlichkeiten des kaiserlichen Hauses und zum Schluß die obersten Staatswürdenträger aufgezählt. In dieser Liste fehlte bisher die Gemahlin des Erzherzogs Thronfolgers, die Herzogin Sophie von Hohenberg. In der diesjährigen Liste wird nun zum ersten Male und zwar nach der Erzherzogin Maria Theresia, Witwe des Erzherzogs Karl Ludwig, Bruders des Kaisers, und nach dem Erzherzog-Thronfolger Erzherzog

Franz Ferdinand selbst die Gemahlin des Thronfolgers unter dem Titel „Ihre Hoheit die Herzogin von Hohenberg“ angeführt. Erst dann folgt der Erzherzog Karl Franz Joseph mit seiner Gemahlin, der Erzherzogin Zita.

Rußland.

* Nach den bisher getroffenen Dispositionen trifft Poincaré in Begleitung der sämtlichen Dreadnoughts des französischen Mittelmeergeschwaders Anfang April in Kronstadt ein.

England.

* Das kriegsgerichtliche Verfahren, das gegen eine Anzahl Offiziere der englischen Armee wegen Bestechlichkeit bei der Vergebung von Lieferungen für die Armeekantinen eingeleitet wurde, ist eingestellt worden, weil sich die kriegsgerichtlichen Behörden für unzuständig erklärt haben. Nunmehr hat das Zivilgericht gegen die gleichen Militärpersonen und zwölf weitere dem Zivilstande angehörige Persönlichkeiten in der gleichen Sache Anklage erhoben. Wie verlautet, wird der englische Generalstaatsanwalt Sir John Simon persönlich die Anklage vertreten.

† Die Frage der Homerule für Irland gestaltet sich wieder kritischer. Die eingeleiteten Verständigungsverhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Asquith und dem Führer der konservativen Opposition des Unterhauses Bonar Law in dieser Angelegenheit sollen definitiv gescheitert sein, und zwar an der Forderung der Konservativen, die Provinz Ulster von Homerule auszunehmen. Es heißt, die Führer der irischen Nationalisten hätten dem Ministerpräsidenten zu verstehen gegeben, daß ein solches Zugeständnis an die Ulsterleute die irischen Nationalisten veranlassen würde, von der Regierung abzuziehen. Dies wäre freilich höchst fatal für die jetzige englische Regierung, denn sie kann die Stimmen der irischen Nationalisten nicht entbehren. Vermutlich werden aber die „Rebellen von Ulster“ jetzt um so entschiedener gegen die Einbeziehung ihrer heimatischen Provinz unter das Homerule-Gesetz Front machen.

Frankreich.

* Am Dienstag nachmittag wurden auf Anordnung des französischen Kriegsministers, der die Leistungsfähigkeit der Ostbahnen prüfen wollte, 12 000 Militärkurlauber von Paris in 12 Sonderzügen in ihre Garnisonen an der Ostgrenze befördert. Mehrere Pariser Blätter betonen, daß dieser Versuch nichts beweise, da bei einer Mobilisierung ja auch Pferde, Kriegsmaterial usw. zu befördern seien.

* Finanzminister Cailaux wird sofort nach Wiederzusammentritt der Kammer den Gesetzentwurf betreffend die Kapitalsteuer einbringen, die zur Deckung der durch das Dreijahresgesetz entstehenden neuen Ausgaben dienen soll.

Balkanhalbinsel.

* Die unsichere Lage in Albanien wird nun auch von anderer Seite bestätigt. Das Konstantinopler Blatt „La Turquie“ bestätigt, daß in Durazzo der frühere türkische Kriegsminister Izzet Pascha zum Fürsten von Albanien gewählt worden ist. — Welche merkwürdige Rolle Izzet Pascha und ihm ergebene türkische Kreise trotz aller Beschönigungsversuche spielen, geht aus folgender amtlichen Meldung aus Valona hervor, wo übrigens — auch ein Zeichen für die bedenkliche Lage! — der Belagerungszustand verhängt wurde: Am Dienstag abend